

Flüchtende aufnehmen

Fluchtursachen beseitigen



recht-auf-willkommen.de

Seit Monaten bewegt sich die bundesdeutsche Politik zwischen dem Merkelschen „Willkommen“ und der Linie der Ausgrenzung und der Abschottung. Diese scheint sich nun durchzusetzen. Die Unfähigkeit und Hilflosigkeit der Mehrheitsgesellschaft ist aber nur der eine Strang im Umgang mit den Flüchtenden. Der andere Knackpunkt ist die Schwäche der emanzipatorischen Kräfte. Obwohl es nach wie vor eine breit getragene und zahlenmäßig nicht nachlassende Unterstützungsbewegung gibt, die überall und umfassend praktische Hilfe leistet, ist es nicht gelungen, daraus eine genauso starke Stimme in der Debatte zu machen.

Es ist gut, dass auch gesellschaftliche Großorganisationen „Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat“ anrufen und die Richtung der Debatten nicht den Rechten und den Populisten überlassen wollen. Aber die Bekämpfung der wirklichen Fluchtursachen verlangt mehr, nämlich mindestens eine Verknüpfung mit der Verteilungsfrage und dem

Kampf gegen die Sparpolitik. Attac hat als globalisierungskritische und Friedensbewegung von Anfang an die zerstörerische Politik der Mächtigen in den gebeutelten Ländern der Erde in den Blick genommen, dem Netzwerk kommt damit eine besondere Rolle zu.

Attac hat gemeinsam mit Medico International, dem Institut Solidarische Moderne und der Zeitschrift Publik Forum die Initiative „Recht auf Willkommen“ gestartet. Diese setzt sich für eine starke und konsequente Willkommenskultur ein, lehnt Lösungen ab, die auf nationaler Abgrenzung und einer gewalttätigen Abschottung an Europas Außengrenzen basieren und bekräftigt das Recht der Menschen, ihre Länder zu verlassen ohne Unterscheidung, ob sie vor Krieg, Umweltzerstörung oder Armut fliehen. In unserer Erklärung heißt es: „Die voranschreitende Zerstörung von Lebensbedingungen, der Hass und die Gewalt fallen nicht vom Himmel. Sie sind das Ergebnis einer globalen Politik, die bewusst ökonomische Interessen über die Interessen der Menschen stellt. Die

dabei in Kauf genommene Ausgrenzung von großen Teilen der Weltbevölkerung zwingt Menschen zur Flucht und heizt die Gewalt an. Sowohl zwischen als auch innerhalb der Länder hat die soziale Ungleichheit dramatisch zugenommen – als Folge eines ungebremsten Freihandels zu Lasten der Armen, einer die Umwelt zerstörenden Wirtschaftspolitik, durch Rüstungsexporte in Krisengebiete und an diktatorische Regime.“

Doch diese Erklärung kann nur ein erster Schritt sein. Der Anspruch lautet, gemeinsam mit vielen anderen Organisationen, Initiativen und Personen das Meinungsklima im Land wieder zu drehen: Für eine starke Willkommenskultur, für ein unbegrenztes Menschenrecht und für globale Gerechtigkeit.

Werner Rätz, Attac-Koordinierungskreis
Stephanie Handtmann, Geschäftsführerin im Attac-Bundesbüro

Inhalt

Interview

recht-auf-willkommen.de – 2 –

International

UN-Klimagipfel in Paris – 3 –

Von NAFTA zu CETA – 5 –

Hintergrund

Finanzkrise in China – 4 –

Kalender

Rückblick und Ausblick – 6/7 –

Portrait

Engagement in der Ägais – 8 –

Attac intern

Gemeinnützigkeit – 9 –

Aktiv

Aktionsakademie 2016 – 10 –

AG Migration und Globalisierung – 10 –

Kiosk

Aktuelles aus dem Attac-Shop – 11 –

Gegen Abschottung und Fremdenfeindlichkeit

Die Plattform „Recht auf Willkommen“ setzt sich für Vernetzung und globale Gerechtigkeit ein

Wolfgang Kessler ist Chefredakteur des Magazins Publik-Forum und Mit-Initiator der Plattform „Recht auf Willkommen!“. Publik-Forum versteht sich als „christlich, kritisch, unabhängig“ und eröffnet kritische Perspektiven zu gesellschaftlichen und kirchlichen Fragen und Debatten.

Einerseits leben Millionen Bürger die Willkommenskultur praktisch ungebrochen. Andererseits scheint die wahrnehmbare öffentliche Meinung immer stärker in eine fremdenfeindliche Richtung zu gehen, die rechte Stimmungsmache wird täglich aggressiver – wie erklärst Du Dir das?

Deutschland ist tief gespalten. Gemeinsam ist allen Deutschen eine tiefe Verunsicherung über die Zukunft. Klimakrise, soziale Ungleichheit, weltweite Kriege, Flüchtlinge – die meisten Bürger trauen der Politik die Lösung solcher Krisen nicht mehr zu. Allerdings reagieren die Deutschen auf diese Zukunftsangst unterschiedlich. Die einen sagen trotzig: Wenn der Staat es nicht schafft, packen wir selbst an. Das sind vor allem jene, für die materieller Wohlstand nicht der einzige Sinn des Lebens darstellt. Sie suchen Sinn im Engagement für andere. Und da sind die anderen, die mit jeder weiteren Krise, mit jedem weiteren Flüchtling mehr Angst um ihre eigenen Positionen, um ihren Lebensstandard haben. Seit den Kölner Ereignissen und der üppigen Berichterstattung darüber fürchten sie auch noch um ihre Sicherheit. Sie glauben, dass die Dinge nicht mehr zu kontrollieren sind und geraten selbst außer Kontrolle. Viele reagieren aggressiv, in Taten, in Worten, im Denken.

Warum verschärfen PolitikerInnen fast aller Parteien plötzlich durch unverantwortliche Wortbeiträge die Lage und drängen die öffentliche Debatte nach rechts?

Viele PolitikerInnen geraten in Panik, weil in diesem Jahr fünf Landtagswahlen anstehen und die Umfragewerte für die AfD ständig steigen. Das Ärgerliche an der Reaktion vieler Politiker, speziell der Regierungsparteien, ist ihr Glaube, man könne die Stimmen für die AfD verringern, indem man deren Vorurteile und Thesen aufgreift. Nach allen Erfahrungen ist jedoch das Gegenteil der Fall. Die konventionellen Politiker werten die AfD

auf, indem sie deren Vorurteile bestätigen. Dann brauchen sich die Rechtspopulisten gar nicht mehr an Regierungen zu beteiligen, weil die Volksparteien ihre Politik auch so betreiben.

Was können BürgerInnen unternehmen, um die positiven und Mut machenden Ansätze der Willkommenskultur zu stärken?

Die vielen, die sich engagieren, müssen sich offensiv in die Debatte einmischen. Sie erleben ja vor Ort, was Flüchtlinge brauchen und wie sie ticken. Sie erleben die Probleme mit Flüchtlingen, aber auch wie bereichernd sie für die deutsche Gesellschaft sein können. Das gilt es zu propagieren. Und bei alledem sollten sich die Engagierten politisieren. Denn Zukunft hat nicht Abschottung, sondern eine großzügige und solide Integrationspolitik. Zudem geht es um eine Politik, die wirklich für Frieden und Menschenrechte in den Herkunftsländern eintritt und die nicht jenen unregulierten Kapitalismus mit allen sozialen und klimatischen Folgen fördert, die die Flüchtlinge aus ihrer Heimat vertreiben.

Publik-Forum ist neben Attac, Medico International und dem Institut Solidarische Moderne einer von vier Initiatoren der Plattform „Recht auf Willkommen“. Ihr vertrittet darin das christliche Spektrum – was muss Deiner Meinung nach die Zivilgesellschaft tun, um wieder Boden zu gewinnen?

Die Zivilgesellschaft muss sich möglichst breit vernetzen, so dass nicht jede Initiative ihr eigenes Süppchen kocht. Und dann gilt es, zwei Dinge klar zu machen: Zum einen verstoßen viele der populistischen Forderungen nach Obergrenzen für Flüchtlinge, nach geschlossenen Grenzen oder nach schneller Abschiebung einfach gegen geltendes Recht. Zum anderen müssen wir immer wieder darauf hinweisen, dass Flüchtlinge nicht zum Spaß herkommen, sondern, weil sie in Kriegsgebieten nicht mehr leben können oder in ihrer Heimat vom Hungertod bedroht sind. Die meisten haben nicht ihr Leben riskiert, um gleich wieder nach Hause zurückzukehren. Deshalb gibt es keine Alternative für die Hilfe. Gleichzeitig bin ich der Meinung, dass auch die Probleme durch den Zuzug von Flüchtlingen beim Namen genannt werden

müssen. Allerdings nicht um die Abschottung Deutschlands zu fördern, sondern um diese Probleme durch eine möglichst intensive Integrationspolitik zu minimieren. Im Übrigen sind die Probleme mit Flüchtlingen umso geringer, je breiter die Willkommenskultur ist.

Vertreter der Amtskirchen äußern sich zurzeit ungewöhnlich deutlich zur Krise der Geflüchteten – ist das für Dich ein Zeichen, dass die Kirchen sich in dieser gesellschaftlich brisanten Situation endlich auch politisch einmischen und sowohl die Gläubigen als auch die Parteien mit teilweise unangenehmen Wahrheiten konfrontieren?

Ich hoffe, dass sich die Amtskirchen noch viel offensiver als bisher in die politische Debatte einmischen und nicht einknicken. Die Kirchengemeinden sind zwar häufig konfliktscheu, aber beim Kirchenasyl haben sie nicht nachgegeben. Und auch sonst sind sie deutlicher an der Seite der Flüchtlinge als etwa die Volksparteien oder die Gewerkschaften. Die Basis für ihre politische Einmischung könnte jedenfalls größer nicht sein. Denn viele Kirchengemeinden mischen bei der Hilfe für Flüchtlinge ganz vorne mit. Da die Solidarität mit Flüchtlingen ein zentraler Punkt in der Bibel ist, sind sich in diesem Punkt auch eher linke Christen mit konservativen einig: Wir brauchen eine Willkommenskultur. Insofern könnten die Kirchenoberen schon deshalb mutig sein, weil sie dafür eine breite Basis unter den Gläubigen haben.



Interview: **Stephanie Handtmann**

Von Paris in die Lausitz

Das 1,5-Grad-Ziel kann nur mit einem sofortigen Kohleausstieg erreicht werden



Proteste während des UN-Gipfels in Paris, Foto: Yann Levy

Nach Abschluss der 21. UN-Klimaverhandlungen in Paris herrschte Feierstimmung: 195 Vertragsstaaten konnten sich nach jahrelangem zähen Ringen auf gemeinsame Formulierungen einigen. Der Preis für diese Einigung ist jedoch ein Abkommen, das so substanzlos geworden ist, dass noch nicht einmal der Begriff „Dekarbonisierung“ darin vorkommt.

Um die Erwärmung der Erdatmosphäre in den kommenden Jahrzehnten auf 1,5 Grad zu begrenzen, bedarf es drastischer Maßnahmen zur Emissionsreduktion. Die freiwilligen Reduktionsziele, die die Staaten eingereicht haben, führen uns zu einer Erwärmung von 2,7 bis 3,5 Grad – das heißt in einen Zustand, der unabsehbare katastrophale Veränderungen der Klimasysteme auslösen kann. Wieviel Methan aus tauenden Permafrostböden oder aus wärmer werdenden Gewässern freigesetzt wird – darüber werden wir nicht mehr verhandeln können.

Während sich die deutsche Regierung in Paris als Klimavorreiter profiliert, wird in der Lausitz ein neuer Investor für das vorsintflutliche Braunkohlegeschäft gesucht, werden im Rheinland weiterhin Wälder und Dörfer abgebagert, um den Braunkohletagebau zu erweitern – wenn es nach RWE und Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin von NRW, geht, gerne bis Mitte des Jahrhunderts.

Um das 1,5-Grad-Ziel noch mit einiger Wahrscheinlichkeit erreichen zu können, müsste der

weltweite Ausstieg aus den fossilen Energien dagegen spätestens zwischen 2025 und 2030 passieren. Das lässt uns nicht viel Zeit – vor allem, wenn wir davon ausgehen, dass die westlichen Industrieländer beim „Abschalten“ vorgehen sollten. Es ist also offensichtlich, dass der Kohleausstieg von unten eingefordert und durchgesetzt werden muss – von uns.

Doch das Problem des Pariser Klimaschutzabkommens liegt nicht nur darin, dass die Staaten einen unrealistischen Zeitplan verfolgen. Die Maßnahmen selbst, mit denen Klimaschutz erreicht werden soll, sind zu großen Teilen wirkungslos oder sogar kontraproduktiv. „Klimaschutz“ á la Paris, das bedeutet beispielsweise: Waldschutzmaßnahmen, die die Natur in die Logik eines globalen Kohlenstoffmarktes zwingen und die Landrechte indigener Gemeinschaften verletzen; vermeintlich grüne Megaprojekte, die ohne Absprache und mit verheerenden Konsequenzen für die lokale Bevölkerung durchgeführt werden; Kompensationsmechanismen, die es schmutzigen Konzernen erlauben, weiterhin Treibhausgase zu emittieren; kostspielige Risikotechnologien, die „negative Emissionen“ zaubern sollen. Keine dieser marktbasieren „Lösungen“ ändert die Ursachen für unseren exzessiven Ressourcenverbrauch, nichts davon rüttelt an den Machtverhältnissen, die Ausbeutung und Unterdrückung hervorgebracht haben.

AktivistInnen aus der ganzen Welt haben sich während der UN-Verhandlungen mit einer eigenen Agenda getroffen und über die Zukunft der Bewegung debattiert. Ein nächster Meilenstein für die Klimabewegung wird die globale Aktionswoche „Break Free from Fossil Fuels“ sein. In der zweiten Maiwoche sind weltweit koordinierte Aktionen gegen fossile Infrastruktur geplant, u.a. in Nigeria, Indonesien und in der Türkei. In diesem Rahmen wird auch am Pfingstweekenende vom 13. bis 16. Mai die zweite „Ende Gelände“-Blockade im Lausitzer Braunkohlerevier stattfinden. Zur Erinnerung: Im August letzten Jahres waren über 1000 Menschen in den Braunkohletagebau Garzweiler geströmt und hatten dort den Betrieb für einen Tag lahmgelegt.

Das Europäische Attac-Netzwerk und Attac Deutschland rufen zu der globalen Aktionswoche „Break Free from Fossil Fuels“ auf, um eine mutige Bewegung für den Kohleausstieg zu unterstützen. Gleichzeitig ist klar: Es geht nicht nur darum, fossile Rohstoffe im Boden zu lassen. Es ist vielmehr notwendig, eine gerechte Gesellschaft aufzubauen, die sich nicht um den größtmöglichen Profit dreht, sondern auf Solidarität basiert und der Achtsamkeit gegenüber Mensch und Natur. Diesen neuen Gesellschaftsentwurf müssen wir erstreiten. Und dafür dürfen wir keine Energiewende-FachidiotInnen sein. Stattdessen gilt es, Verbindungen zu anderen sozialen Bewegungen zu suchen. Wenn wir Klimawandel bekämpfen wollen, dürfen nicht gleichzeitig Freihandelsverträge abgeschlossen werden. Wenn wir fossile Industrien abschalten, dann muss es ein starkes soziales Netz für die Menschen geben, deren Arbeitsplätze davon abhängen. Und wenn die westliche Handels- und Wirtschaftspolitik Lebensgrundlagen im globalen Süden zerstört, dann haben die Menschen, die von dort fliehen, bei uns ein „Recht auf Willkommen.“

Wir kämpfen nicht allein für Emissionsreduktionen – sondern für globale Klimagerechtigkeit.

Dorothee Häußermann, Attac-AG Energie, Klima, Umwelt

Eine ausführliche Bewertung des Pariser Klimaschutzabkommens finden Sie hier:

www.theorieblog.attac.de/die-giftzaehne-des-papiertigers

China: Zwischen globaler Finanzmacht und Finanzkrise

Mit dem Aufstieg Chinas als Wirtschaftsmacht hat sich ein neuer globaler Akteur etabliert. Das Land verfügt über eine enorme Wirtschaftsleistung, hält riesige Währungsreserven und investiert international. Allerdings verhält sich China als ehemaliges „Entwicklungsland“ keineswegs solidarisch mit den Ländern des Südens. Seine Staatsunternehmen investieren in anderen Ländern, um Profite zu machen. Die Regierung unterstützt dies, um Einfluss auf die abhängigen Länder zu nehmen. Mit dem Ende des Booms und der nahezu völligen Integration der chinesischen Ökonomie in den Weltmarkt hat die Krisenanfälligkeit des globalen Kapitalismus eher zu- als abgenommen.

China galt lange Zeit als die Werkstatt der Welt. Die Öffnungspolitik seit 1978 ebnete den Weg für die Entstehung einer dynamischen Exportindustrie. Große Teile der Industrieproduktion bauten auf Niedriglöhnen. Das Modell erhielt durch Auslandsinvestitionen einen Schub. Die Exportproduktion galt als erfolgreich, um Devisen zu erwirtschaften, Arbeitsplätze zu schaffen, Wachstumsimpulse in Gang zu setzen und Technologie zu transferieren. Doch die Zeiten, als das Exportmodell kaum hinterfragt wurde, sind spätestens seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 vorbei. Heute gibt es Bestrebungen, die chinesische Wirtschaftsstruktur aufzuwerten. Neben der Hochtechnologie gehören hierzu auch die Ausweitung des privaten Konsums und der Ausbau des Dienstleistungssektors.

Nach den Turbulenzen 2008 suchte die Staatsführung nach neuen Investitionsmöglichkeiten und begann die Kreditvergabe im globalen Süden zu forcieren: Nach einer Studie der Rand Corporation aus dem Jahr 2014 hatten chinesische Gläubiger alleine 2010 und 2011 Zusagen über rund 357,9 Milliarden US-Dollar gemacht, was das Kreditvolumen der Weltbank und des IWF in dieser Zeit übertraf. Diese Strategie äußert sich auch in der Gründung neuer Finanzinstitutionen wie der BRICS-Entwicklungsbank und der Asiatischen Infrastrukturbank. Letztere zielt mit einem Startkapital von rund 100 Milliarden US-Dollar und 57 Mitgliedstaaten auf den Ausbau der Infrastruktur in Asien.

Bereits heute ist China je nach Berechnungsart der viert- bzw. sogar zweitgrößte Investitionsgeber weltweit. Die Direktinvestitionen lagen



Foto: faungg/flickr.com

nach offiziellen Quellen im Jahr 2013 mit 90 Milliarden US-Dollar auf einem Rekordniveau, sollen aber nach alternativen Berechnungen der Heritage Foundation sogar 134,6 Milliarden betragen haben. Das Gros der Direktinvestitionen fließt bisher in den globalen Süden, insbesondere nach Afrika, Lateinamerika und Ostasien, und ist auf (halb)staatliche Unternehmen zurückzuführen. Zwei Drittel der Mittel gehen in Infrastrukturentwicklung und Ressourcenausbeutung. Ausführende sind multinationale Konzerne: Unter den Top 500-Global Fortune Unternehmen befanden sich Ende 2014 bereits 98 Konzerne aus China.

Neben dem Aufstieg zur Kredit- und Investitionsmacht wurden auch die Weichen gestellt, um den Renminbi als Währung auf den globalen Märkten zu etablieren und die einheimischen Finanzplätze für Anleger attraktiver zu machen. Hierbei geht es auch um geopolitische Interessen. Der Dominanz von US-Dollar und Wall Street soll eine Alternative entgegengesetzt werden. China stellt seinen Außenhandel deshalb langsam auf Renminbi-Handel um. Die chinesische Wirtschaft wickelte 2014 bereits mehr als ein Fünftel ihres Außenhandels in Renminbi ab. Hierzu haben auch Swap-Abkommen mit 30 Staaten und der Eurozone im Wert über beinahe 3,1 Billionen RMB beigetragen. Der Renminbi ist seit Ende 2013 mit einem Anteil von 8,7 Prozent zur zweitwichtigsten Handelswährung und zur fünftwichtigsten Transaktionswährung aufgestiegen.

Im Zahlungsverkehr zwischen China und den Anrainerstaaten in Ostasien rangiert er sogar auf Platz 1.

Der IWF würdigte diese Bemühungen, indem er den Renminbi offiziell in seinen Währungskorb aufnahm. Die globale Agenda könnte allerdings ins Stocken geraten. Der Boom in der chinesischen Finanzwirtschaft ist vorerst beendet. Die Börsenkrise im Sommer 2015, die sich in einem dramatischen Kursverfall äußerte, hat ihre Wurzeln in der Realwirtschaft. Der Umbau der chinesischen Volkswirtschaft ist in eine kritische Phase geraten. Der Industriesektor stagniert. Das Wachstum geht nunmehr auf den Binnenkonsum und den Dienstleistungssektor zurück. Nachrichten über teure Staatsinterventionen in die Märkte, wachsende Staatsschulden und eine Währungsabwertung machen die Runde. Es ist unklar, ob es zu einer harten Landung der Volkswirtschaft kommen wird; die offiziellen BIP-Wachstumswahlen von 6,7 Prozent wirken überzogen. Bereits jetzt haben mächtige Hedgefonds zur Jagd auf den Renminbi geblasen. Ein Crash würde der Weltwirtschaft den „consumer of last resort“ für viele Produkte entziehen. Die Schockwellen würden weltweit spürbar sein.

Dr. Stefan Schmalz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftsbeziehungen am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität in Jena.

CETA stoppen

Die „Freihandelslogik“ beschädigt Demokratie und Rechtsstaatlichkeit



Foto: Stephanie Handtmann

Mit dem Widerstand gegen die Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und der Europäischen Union – TTIP, CETA und Co. – hat sich die globalisierungskritische Bewegung in den letzten Jahren weit in die Mitte der Bevölkerung verbreitert. Diese Abkommen stehen jedoch nicht allein, sondern sind Teil einer längeren Geschichte.

Die Spielregeln des Welthandels werden seit Jahrzehnten nach neoliberalen Marktprinzipien umgestaltet und festgeschrieben. Der sogenannte Washingtoner Konsens aus den 1980er Jahren, die Gründung der Welthandelsorganisation (WTO), das Inkrafttreten des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) 1994 und tausende anderer bilateraler „Freihandelsabkommen“ sind Ausdruck dieser Entwicklung.

Mit der Gründung der WTO waren viele Wünsche der politischen und wirtschaftlichen Eliten der westlichen Industrienationen noch offen geblieben. Ihre Versuche, die Agenda der WTO durch Abkommen über Investitionen, Wettbewerbsrecht, öffentliches Beschaffungswesen und technische Handelserleichterungen erneut zu erweitern, stießen allerdings auf die Ablehnung einer Mehrzahl der Entwicklungsländer. Versuche, den Einfluss von Investoren und Konzernen durch ein Multilaterales Investitionsabkommen (MAI) außerhalb der WTO zu erweitern, scheiterten auch am Widerstand der Zivilgesellschaft.

Am 1. Dezember 1999 manifestierte sich in Seattle, dem Ort der 3. WTO-Ministerkonferenz, der Widerstand gegen eine weitere Liberalisierung und Deregulierung. Dieser Tag wird als Geburtstag

der globalisierungskritischen Bewegung bezeichnet. Die Proteste machten die Kritik an der Handelspolitik der WTO öffentlich, die Verhandlungen wurden ergebnislos abgebrochen.

2001 einigte sich die WTO in Doha auf eine neue Verhandlungsrunde, unter massivem Druck der Industrieländer und mit dem Versprechen, dass die „Doha-Entwicklungsrunde“ vor allem der wirtschaftlichen Entwicklung der schwächeren Länder dienen sollte. Tatsächlich waren jedoch weder die EU noch die USA jemals bereit, substanzielle Zugeständnisse zu machen. Vor allem deswegen stecken die Verhandlungen seit Jahren in einer Sackgasse. Im vergangenen Dezember wurde in Nairobi auf der 10. WTO-Ministerkonferenz nun das Ende der „Doha-Entwicklungsrunde“ eingeläutet. Zum ersten Mal steht in der Abschlusserklärung einer WTO-Ministerkonferenz, dass einige Mitglieder das Ende des Doha-Mandats und stattdessen andere Themen verhandeln wollen. Die Botschaft aus Kreisen der EU und den USA ist deutlich: Entweder wir verhandeln neue Themen innerhalb der WTO, so wie bei TTIP, CETA und TiSA, oder außerhalb mit einer Koalition der Willigen. Für die Anderen gilt die Devise: Friss oder stirb!

Vor allem TTIP stand in den letzten Jahren im Mittelpunkt der Mobilisierung, die im vergangenen Jahr zwei große Erfolge feiern konnte: Europaweit wurden mehr als 3 Millionen Unterschriften gesammelt, und in Berlin sind 250.000 Menschen auf die Straße gegangen – gegen TTIP, aber auch gegen CETA, TiSA und Co.

In diesem Jahr muss vor allem unser Widerstand gegen CETA, das Abkommen der EU mit Kanada,

eine wichtige Rolle spielen. Die Verhandlungen sind seit mehr als einem Jahr abgeschlossen. Auch wenn noch kleinere Anpassungen beim Klageverfahren von Investoren und Konzernen gegen Staaten in Aussicht gestellt werden, wird sich nichts Wesentliches an dem Skandal der Paralleljustiz ändern. CETA könnte noch in diesem Jahr zur Anwendung kommen. Die Handelskommissarin der EU will dem Rat der Europäischen Union demnächst das Abkommen zur Unterzeichnung vorlegen und dessen vorläufige Anwendung empfehlen. Beides steht schon auf der Tagesordnung des Rates. Eine vorläufige Anwendung würde bedeuten, dass das Abkommen schon wirksam ist, bevor nationale Parlamente überhaupt zugestimmt haben – sofern sie denn gefragt werden.

Zahlreiche Gutachten haben verfassungsrechtliche Bedenken gegen CETA in Stellung gebracht. Die Paralleljustiz, die durch den sogenannten Investorenschutz (ISDS) geschaffen wird, und die „regulatorische Kooperation“ werden Demokratie und Rechtsstaatlichkeit dauerhaft beschädigen. Die Festschreibung des Wachstumszwangs unseres Wirtschaftssystems und Einfallstore für Gentechnik stellen Umwelt- und Klimaschutz vor unlösliche Herausforderungen.

Wachsender Konkurrenzdruck wird viele Arbeitsplätze kosten und die Arbeitsbedingungen sowohl in Kanada als auch in Europa verschlechtern. Regionale und kommunale Strukturförderungsmaßnahmen werden durch entsprechende Verbote unmöglich gemacht.

Arbeitnehmer-, Verbraucher- und Umweltschutz, das öffentliche Bildungssystem und Datenschutz stehen unter dem Vorbehalt, keine Handelshemmnisse darstellen zu dürfen. Banken und anderen Finanzjongleuren werden die umstrittenen Investorenklagemöglichkeiten zugestanden. Damit würde jeder Versuch, das Finanzwesen zu reregulieren, an riesigen Schadensersatzforderungen scheitern. Diese Liste ließe sich nahezu beliebig erweitern.

Es wird also höchste Zeit unsere gemeinsamen Strategien und nächsten Schritte gegen TTIP, CETA, TiSA und Co. zu planen. Die Strategie- und Aktionskonferenz am 26. und 27. Februar in Kassel lädt hierzu auch regionale Bündnisse und Akteure ein.

Helga Reimund, NoTTIP Attac Berlin
Roland Süß, Attac-Koordinierungskreis

www.ttip-aktionskonferenz.de



UN-Klimagipfel in Paris, Foto: Yann Levy



Attac erlegt das CETA-Monster, Foto: Stephanie Handtmann

Rückblick

28. Oktober 2015

300 Städte, Gemeinden und Kreise gegen TTIP, CETA und TiSA

Die geplanten Handelsabkommen TTIP, CETA und TiSA gefährden die kommunale Selbstverwaltung und münden in eine Einbahnstraße Richtung Privatisierung und Deregulierung. Zu diesem Schluss kommen 300 Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland, die kritische Stellungnahmen zu TTIP und Co. verabschiedet haben.

06. November 2015

Attac-Experte bei TTIP-Anhörung im Hessischen Landtag

Bei der Anhörung im Hessischen Landtag zu TTIP ist Attac-Experte Michael Krämer einer der Sachverständigen. Er warnt die Abgeordneten vor negativen Folgen der Abkommen für Gemeinden und Städte, die regionalen Wirtschaftskreisläufe und die Daseinsvorsorge der BürgerInnen.

10. November 2015

Austeritätspolitik in Portugal abgewählt

Durch ein erfolgreiches Misstrauensvotum wird in Portugal die rechte Minderheitenregierung abgewählt. Attac fordert die deutsche Regierung auf, den Willen der portugiesischen WählerInnen zu achten, die der zerstörerischen Austeritätspolitik eine Absage erteilt und sich für eine soziale Alternative entschieden haben.

12. November 2015

Endlich: Automatischer Informationsaustausch kommt!

Dafür hat Attac seit Jahren gekämpft: Ab 2017 wird es einen weltweiten automatischen Datenaustausch über Konten von Privatpersonen geben. Der Bundestag hat die internationale Vereinbarung in nationales Recht umgesetzt. Den Steuerbehörden werden dann Guthaben, Zinsen und Dividenden von Privatpersonen gemeldet. Ein wichtiger Bestandteil der Steueroasen ist trocken gelegt.

2. Dezember 2015

Attac-Bildungsmaterial: Wirtschaft demokratisch gestalten lernen

Unter dem Titel „Wirtschaft demokratisch gestalten lernen“ startet Attac eine neue Reihe von Bildungsmaterialien. Den Anfang machen fünf Module zum Thema „Europa nach der Krise?“. Die rund 120 Seiten umfassende Sammlung von Arbeitsblättern und interaktiven Methoden ist sowohl für Schulen als auch für die außerschulische Bildungsarbeit geeignet.

7. Dezember 2015

TiSA: Große Gefahr für öffentliche Daseinsvorsorge

Die 15. Verhandlungsrunde für das Dienstleistungsabkommen TiSA hinter verschlossenen Türen bleibt weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit. Dabei wird das „Trade in Services Agreement“ für die öffentliche Daseinsvorsorge noch gravierendere Folgen haben als TTIP und CETA.

8. Dezember 2015

Nach anderthalb Jahrzehnten: Finanztransaktionssteuer kommt

17 Jahre nach der Gründung von Attac in Frankreich wird die Finanztransaktionssteuer von zehn EU-Staaten umgesetzt – wenn auch stark verwässert. In ihrer nun beschlossenen Form wird sie nur geringe Auswirkungen auf die Zockerei an den Finanzmärkten haben.

9. Dezember 2015

Freihandel verhindert Klimagerechtigkeit

VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen aus vielen Ländern verabreden in Paris eine stärkere Vernetzung der Klimabewegung mit den aktuellen Anti-Freihandelskampagnen. Mit dabei sind Attac-Aktive aus Deutschland und die bekannte Klimaaktivistin Naomi Klein.

12. Dezember 2015

COP21: Mehr als 10.000 Menschen auf den Straßen von Paris

Zum Ende des UN-Klimagipfels gehen mehr als 10.000 Menschen trotz Versammlungsverbot auf die Straßen von Paris. Sie protestieren gegen

die unzureichenden Ergebnisse des Gipfels und machen deutlich, dass es eine starke, globale Bewegung gibt, von der die Lösungen für die Klimakrise ausgehen.

15. bis 18. Dezember 2015

WTO-Konferenz: USA und EU erhöhen Druck auf Entwicklungsländer

Auch die 10. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Nairobi löst das Versprechen nicht ein, die Belange der Länder des Südens in den Mittelpunkt zu stellen. Die mächtigen Industrienationen wollen nur die Interessen großer Konzerne durchsetzen. Attac-Aktivist Roland Süß nimmt als NGO-Vertreter an der Konferenz teil.

17. Dezember 2015

Plattform „Recht auf Willkommen“ gegründet

Flüchtlinge aufnehmen und Fluchtursachen beseitigen – mit dieser Forderung wendet sich eine zivilgesellschaftliche Initiative an die Öffentlichkeit. Gründer der Plattform „Recht auf Willkommen“ sind außer Attac das Institut Solidarische Moderne, Medico International sowie die christliche Zeitschrift Publik-Forum. Die Plattform wird von vielen NGOs und prominenten Einzelpersonen mitgetragen.

4. Januar 2016

Attac erlegt CETA-Monster vor dem Bundestag

Attac-AktivistInnen erlegen vor dem Bundestag das CETA-Monster: Sie umringen eine 20 mal 20 Meter große Skulptur und bekämpfen das „Untier“ mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Mit der Aktion setzt Attac die Kampagne gegen die geplanten Freihandelsverträge der EU fort. 2016 wird der Kampf gegen CETA im Mittelpunkt stehen.

16. Januar 2016

Attac mit CETA-Block bei Demo „Wir haben es satt!“

Attac beteiligt sich mit einem eigenen Block an der Demonstration „Wir haben es satt!“ in



CETA-Block bei Demo „Wir haben es satt“, Foto: Stephanie Handtmann



„Bunte Funke jäge Braune Halunke“, Foto: Udo Slawiczek

Berlin. Das breite Demo-Bündnis, zu dessen Trägern Attac gehört, fordert einen Stopp der industriellen Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion sowie die Förderung bäuerlicher Betriebe. Der Attac-Schwerpunkt liegt auf dem Widerstand gegen Freihandel.

18. Januar 2016

Kampagnenstart: „Kühe und Bauern nicht verpulvern!“

Attac und Aktion Agrar starten eine Kampagne gegen Milchüberproduktion und den Billigexport von Milchpulver. Gemeinsam fordern sie faire Milchpreise, Kühe auf den Weiden und eine Qualitätsoffensive statt weiterer Exportorientierung in der Milchviehwirtschaft.

20. bis 23. Januar 2016

Weltwirtschaftsforum: Falsche Rezepte gegen erzwungene Migration

Beim Weltwirtschaftsforum in Davos treffen Staats- und RegierungschefInnen auf KonzernlenkerInnen und andere „EntscheiderInnen“. Ihr Thema: Flucht und Migration. Doch statt zu diskutieren, wie Klimawandel, Krieg und eine zerstörerische Handelspolitik beendet und Rüstungsexporte gestoppt werden können, setzen sie weiter auf Liberalisierung, Wachstum und eine neue industrielle Revolution. Auch Bundespräsident Joachim Gauck spricht in seiner Rede nicht über die Verantwortung deutscher Politik und Konzerne.

29. Januar 2016

Attac schickt PolitikerInnen Anleitung zur Bekämpfung von Steuertricks

Attac schickt eine Handlungsanleitung zur Bekämpfung von Steuertricks an alle FinanzpolitikerInnen, Fraktionsvorsitzenden und FinanzministerInnen der Länder, des Bundes und der EU. Sie sollen sich endlich entscheiden gegen Steuervermeidung, Steuerhinterziehung und kriminelle Finanzgeschäfte einsetzen.

3. Februar 2016

TTIP: Richterbund sieht „keine Rechtsgrundlage“ für Sondergerichte

Der Deutsche Richterbund lehnt den geplanten Investitionsgerichtshof in TTIP ab. Er sieht dafür „weder eine Rechtsgrundlage noch eine Notwendigkeit“. Das Vorhaben genüge nicht „den internationalen Anforderungen an die Unabhängigkeit von Gerichten“.

8. Februar 2015

„Bunte Funken gegen Braune Halunken“ beim Rosenmontagszug in Köln

Globalisierungskritische KarnevalistInnen – darunter viele Attacies – ziehen als „Bunte Funke jäge Braune Halunke“ („Bunte Funken gegen Braune Halunken“) durch die Kölner Innenstadt. Als Vorgruppe des Rosenmontagszuges beziehen sie Stellung zu rassistischer Hetze und Fluchtursachen.

13. Februar 2015

Attac bei Protesten gegen Sicherheitskonferenz

Attac beteiligt sich an den Protesten gegen die sogenannte Sicherheitskonferenz, zu der hochrangige Politiker, Militärs und Vertreter der Rüstungsindustrie in München zusammenkommen. Tausende Menschen gehen in einer internationalen Großdemonstration auf die Straße oder verbinden sich zu einer kreativen Protestkette durch die Münchner Fußgängerzone.

Ausblick

12. März 2016

Regionaltag Niedersachsen und Bremen in Syke

Die Attac-Regionalgruppen Diepholz-Nord und Bremen laden zum Regionaltag für Niedersachsen und Bremen ein. Das Treffen bietet Gelegenheit, sich über die jeweiligen Aktivitäten auszutauschen, Kontakte zu knüpfen und gemeinsame Aktivitäten anzuschließen.

16. und 17. April 2016

Mitreden auf dem Frühjahrsratschlag in Halle

Das Attac-Netzwerk trifft sich zum Frühjahrsratschlag im Kulturzentrum in Halle. Der Ratschlag kommt zweimal jährlich zusammen und ist das höchste Entscheidungsgremium von Attac.

24. April 2016

TTIP-Protest bei Obama-Besuch auf Hannover-Messe

US-Präsident Barack Obama eröffnet die Hannover-Messe. Attac wird den Besuch kritisch und kreativ begleiten und gegen das Freihandelsabkommen TTIP protestieren.

4. bis 8. Mai 2016

Aktionsakademie in Minden

Die Aktionsakademie von Attac ist ein Treffpunkt für sozial und ökologisch bewegte Menschen, die sich über kreativen Protest und politische Aktionen austauschen und voneinander lernen möchten. In Workshops können neue Protestformen trainiert werden.

www.attac.de/aktionsakademie

13. Mai 2016

EU-Rat stimmt voraussichtlich über CETA ab

Aufgehört: Auf der Tagesordnung des EU-Rates im Mai steht die Abstimmung über das EU-Kanada-Freihandelsabkommen CETA. Noch vor der Sommerpause soll der Vertrag dann vom EU-Parlament abgesegnet werden. Höchste Zeit, den Widerstand gegen CETA zu verschärfen!

3. bis 8. August 2016

Attac-Sommerakademie in Düsseldorf

Die Sommerakademie ist die zentrale Bildungsveranstaltung von Attac. Sie bietet Vorträge, Diskussionen und Workshops zu Themen der Globalisierungskritik und aktuellen Entwicklungen.

www.attac.de/soak

Mehr Informationen zu den Terminen:

www.attac.de/veranstaltungen

Menschen in Attac

„Von oben wird das nichts“

Claus Kittsteiner engagiert sich in der Ägais für ein solidarisches Europa von unten

Claus Kittsteiner ist Attac-Aktivist der ersten Stunde und seit mittlerweile 15 Jahren bei Attac Berlin engagiert, unter anderem sehr erfolgreich gegen die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe. So entstand im März 2014 ein direkter Kontakt nach Griechenland, als es dort um die Verhinderung der Privatisierung der Wasserbetriebe von Thessaloniki an einen französischen Konzern ging. Aktuell arbeitet Claus in Griechenland als Projektkoordinator des Flüchtlingsprojekts „Volunteers for Lesbos“ der „Initiative: Respekt für Griechenland“, die 2015 als Teil der deutschen Solidaritätsbewegung für Griechenland gegründet wurde.

Claus, was hat für Dich den Ausschlag gegeben, Dich vor Ort auf Lesbos zu engagieren?

Mein Entschluss, mich länger an einer der Fronten des Fluchtgeschehens persönlich einzubringen, entstand im August letzten Jahres. Schon im März, als ich als Gitarrist mit dem Tübinger Theodorakis-Ensemble auf dem Weltsozialforum in Tunis war, wo wir über die Musik und Workshops direkten Kontakt zu Flüchtlingen hatten, haben wir uns vorgenommen, bis zum Sommer Geld zu erspielen und es in Griechenland eigenhändig den Flüchtlingen zukommen zu lassen. Im August halfen wir dann an der Nordküste von Lesbos, die mit Schlauchbooten aus der Türkei ankommenden Flüchtlingsfamilien mit dem Nötigsten zu versorgen, sie an die Sammelstellen und zur medizinischen Erstversorgung zu fahren und je nach sprachlichen Möglichkeiten mit ihnen zu kommunizieren. Dieser direkte Kontakt zu den Betroffenen ließ den Gedanken in mir wachsen, mich dort ab Herbst für ein paar Wochen als Helfer einzubringen. Meine ehrenamtliche Tätigkeit ist eine Folge der zwei bundesweiten Treffen der Griechenland-Solidaritätsbewegung um den Jahresbeginn 2015, die zu einem breiten Soli-Bündnis führten, in Berlin u.a. auch zur Gründung der „Initiative: Respekt für Griechenland“ mit drei Unterstützungsprojekten in Griechenland. Im Herbst 2015 übernahm ich die Organisation für deren Freiwilligen-Projekt auf Lesbos bis Ende Januar 2016.

Welche Art der Hilfe ist vor Ort wichtig?

Es zeigt sich immer wieder, wie wichtig eine kontinuierliche längerfristige Zusammenarbeit mit vor Ort engagierten kleineren Initiativen wie der Noborderkitchen und mit NGOs verschiedener Größe, Herkunft und Zielsetzung ist. Anreisende

Hilfswillige erledigen Flüchtlingsbetreuungsarbeit wie in ihren Heimatorten auch: sie sortieren und verteilen gespendete Kleidung, helfen beim Kochen, der Essensausgabe oder bei der Versorgung und Betreuung der Flüchtlinge, die auf ihre für die Weiterreise notwendige Registrierung warten. All diese Arbeiten werden von Freiwilligen verrichtet; die EU und die Regierungen verweigern sich hartnäckig u.a. mit der Begründung, illegale Grenzverletzer zu unterstützen entspräche nicht den EU-Normen. Wer liegt hier wohl falsch, die aus bekannten Gründen nach Europa Flüchtenden oder die EU-Regeln, die immer mehr Menschenleben kosten?

Was hast Du bislang dort erlebt?

Am meisten erschüttert haben mich Augenzeugenberichte von Bootsinsassen, die berichteten, wie bei einer nächtlichen Überfahrt ein schreiendes Kleinkind vom Schlepper über Bord geworfen wurde, aus Furcht, von der Küstenwache entdeckt und in die Türkei zurückgeschickt zu werden. Ähnliches hatte ich bereits von der Region Lampedusa gelesen.

Doch auch die tagtägliche Wahrnehmung der erschreckten Gesichter in ankommenden Booten, dazwischen aufgeregt lachende jüngere Menschen, schreiende Kinder, die getröstet werden müssen, sorgenvoll schauende Familienangehörige von völlig erschöpften Großeltern, junge Leute, die per Handy den in der umkämpften Heimat Zurückgebliebenen als erstes ihr Glück über die gelungene Flucht nach Europa mitteilen, geht nahe.

In den fast drei Monaten auf Lesbos hatte ich mit vielen Menschen Kontakt, im Team, mit internationalen Volunteers, im Alltag der Stadt mit den meist sehr freundlichen Einheimischen und vor allem mit vielen verschiedenen Menschen, die ihre Sprache mitbrachten, Arabisch, Farsi, Urdu und mehr, mit denen es zum Teil über die englische Sprache möglich war, etwas von ihrem Leben und ihren Zukunftsträumen zu erfahren. Es war manchmal nicht leicht zu schweigen, wenn junge Männer aus Pakistan mir schwärmten, was sie zuhause über Germany gehört hatten und woran sie nun bald teilhaben würden. Sollte ich ihnen, den frisch Angekommenen, ihre Hoffnungen nehmen?

Was ist Dein persönlicher Antrieb, Dich dieser schwer erträglichen Realität auszusetzen?

Ich bin selbst Vertriebener. Meine Mutter floh mit uns zwei Kindern aus dem Bombenhagel



Fotos: Claus Kittsteiner

auf Berlin kurz vor Kriegsende 1945 nach Süddeutschland. Geschützt von der Körperwärme des LKW-Fahrers, der mich unter seinen Mantel gepackt hatte, blieb mir das Schicksal der bei dem strengen Frost erfrorenen Kleinkinder, die tot am Straßenrand lagen, erspart. Nun erlebe ich ähnliche Umstände wieder, diesmal als Helfer hier an der Ägaisküste, mit strenger Kälte, Sturm, hohen Wellen, ertrunkenen Kindern und Erwachsenen. Flucht als Folge von Krieg, damals wie heute. Krieg als Folge von kolonialer und neokolonialer Machtpolitik und der Durchsetzung von ökonomischen Interessen – alles wiederholt sich. Auch die Migration als Resultat einer falschen Politik auf Kosten der Menschen. Und nun kommen sie, sind sie da, die Menschen aus den Kriegsgebieten im Nahen Osten!

Was können wir – LeserInnen und Attacies – tun, um zu helfen?

Auf politischer Ebene müssen wir an dem solidarischen Europa von unten arbeiten, denn von oben wird das nichts. Und immer wieder deutlich zu machen, dass neoliberale Globalisierung und Migration zwei Seiten einer Medaille sind, ist und bleibt eine wichtige Aufgabe für Attac.

Eines ist sicher: Solange das Elend der bewaffneten Kämpfe und der Vertreibung der Menschen aus ihrer Heimat weitergeht, werden sie unterwegs sein als Migranten. Die Frage an jeden Einzelnen von uns stellt sich: Was passiert in mir angesichts dessen? Wo ist mein Platz, was kann ich tun, außer darüber zu reden? JedeR einzelne kann sich kümmern – theoretisch und praktisch, zuhause oder vor Ort!

Interview: Jule Axmann

www.respekt-für-griechenland.de

Attac trauert um Georg Frigger

Er fehlt an allen Ecken und Enden

Finanzamt Frankfurt lehnt Einspruch ab

Jetzt erst recht!



Foto: Stephanie Handtmann

Nach mehr als eineinhalb Jahren des Wartens haben wir es schriftlich: Das Finanzamt Frankfurt hat den Einspruch gegen die Aberkennung der Attac-Gemeinnützigkeit abgelehnt. In den Augen der Behörde agiert Attac „zu politisch“, unsere Aktivitäten dienen nicht dem Erreichen der gemeinnützigen, in der Satzung beschriebenen Zwecke, stattdessen verfolge Attac eigene politische Ziele. Der Attac-Trägerverein hat umgehend Klage gegen diese Entscheidung eingereicht. Die Auslegung der Abgabenordnung durch das Frankfurter Finanzamt ist tendenziös und falsch. Sie widerspricht dem, was sich an zivilgesellschaftlichem Engagement und demokratischer Beteiligung von BürgerInnen in den letzten Jahrzehnten in unserer Gesellschaft etabliert hat und was mit gutem Grund bisher immer als gemeinnützig galt. Attac setzt sich als Verein unbestreitbar selbstlos für das Wohl der Allgemeinheit ein – übrigens im Gegensatz zu vielen anderen Vereinen, Organisationen und Stiftungen, die in ähnlichen Politikfeldern eigenständig aktiv sind und weiterhin unbeantwundet als gemeinnützig gelten. Bei Attac erkennt das Finanzamt jedoch zu viel „Druck auf Politik und Wirtschaft“, zu viel Versuch, „auf die Beschlüsse von Parlament und Regierung einzuwirken“ – spricht zu viel Einsatz, um an den bestehenden Verhältnissen tatsächlich etwas zu verändern. Die Entscheidung wird von der schwarz-grünen Landesregierung in Hessen aktiv mitgetragen.

Abgesehen von einem antiquierten Verständnis davon, wie demokratische Mitbestimmung und gesellschaftliches Engagement in einer modernen Gesellschaft funktionieren, ist diese Entscheidung der Finanzbehörden der Versuch, einer finanzmarkt- und kapitalismuskritischen Organisation Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Wir erkennen hier auch eine bundesweit spürbare Tendenz der Finanzämter, zunehmend restriktiv gegen zivilgesellschaftliche Vereine im politischen Umfeld vorzugehen. Sollte diese Entscheidung vor den Finanzgerichten Bestand haben, würde damit ein Präzedenzfall geschaffen, der die Arbeit vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen massiv beeinträchtigen und verändern würde.

Attac erfährt breite Solidarität. Unsere Mitglieder und SpenderInnen unterstützen uns trotz fehlender Zuwendungsbescheinigung auch weiterhin im Engagement gegen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA, TiSA, gegen die europäische Sparpolitik, für eine Regulierung der Finanzmärkte, gegen die immer weiter fortschreitenden neoliberalen Zumutungen. „Eine andere Welt ist möglich“ – mit diesem Slogan ist Attac vor 16 Jahren angetreten. Dafür werden wir auch in Zukunft streiten.

Stephanie Handtmann und **Andreas van Baaijen**, Geschäftsführung im Attac-Bundesbüro



Georg Frigger, Attac-Aktivist und langjähriges Mitglied des bundesweiten Attac-Koordinierungskreises, ist am 9. November an den Folgen seiner Krebserkrankung gestorben. Wir trauern um ihn.

Georg fehlt.

Er fehlt an allen Ecken und Enden. Es fehlt der Mensch, der so ganz nebenbei, fast belanglos, fragt und deshalb immer wusste, wie es dir geht. Es fehlt der Kollege, der sich im Attac-Kokreis, bei Blockupy, in der AG Genug für alle so unauffällig um die Finanzen kümmerte, dass kaum jemand das überhaupt wahrgenommen hat. Es fehlt der Mensch, mit dem du Absprachen treffen konntest und dich dann nie mehr fragen musstest, ob das Verabredete auch geschah. Es fehlt der Kollege aus der AG Soziale Sicherungssysteme und eine tragende Säule der Projektgruppen Krise und Wachstumskritik. Es fehlt der Mensch, der Aufgaben übernahm, wo immer es nötig war, und nicht nur da, wo es Spaß machte. Dem Attac-Trägerverein fehlt ein Vorstand und der Ad-hoc-AG Gemeinnützigkeit ein kreativer Kopf. Dem Büroteam fehlt der Mensch, der den Arbeitgeber Attac durch seine Präsenz und seine stete Ansprechbarkeit so positiv verkörperte. Es fehlt der Mensch, der nie ungeduldig wurde, der allen Menschen gerecht wurde und alle Dinge stets positiv anging.

Georg, Du fehlst uns an allen Ecken und Enden.

Demokratie braucht Bewegung

**Aktionsakademie vom 4. bis 8. Mai 2016
in der Weserstadt Minden**



Du willst kreativen Protest lernen, Dich mal zu einer bestimmten Aktionsform fit machen, andere Aktive treffen, Dich vernetzen, Deine aktivistischen Fragen klären, eine gute Zeit verbringen? Dann bist Du auf der Aktionsakademie genau richtig!

Auch 2016 wird dieses einmalige Format wieder stattfinden. Das Angebot reicht vom Straßentheater und Clowning über Samba und Aktionsklettern bis hin zu Adbusting und Kommunikationsguerilla. SpezialistInnen aus den jeweiligen Bereichen geben ihr Wissen weiter und entwickeln neue Ideen.

Wie im letzten Jahr gibt es neben einem bunten Blumenstrauß an Aktionsideen und Workshops auch ein vielseitiges Rahmenprogramm: Es werden aktuelle Themen diskutiert, konkret anstehende Aktionen vorgestellt, und natürlich kommt auch das Feiern nicht zu kurz, musikalische und lyrische Liveacts sorgen für die abendliche Stimmung.

Für alle, die sich als „Fortgeschrittene“ sehen, bieten wir in diesem Jahr zusätzlich vertiefende Angebote, die uns in die strategische Entwicklung von geeigneten Aktionen zum jeweiligen Thema eintauchen lassen.

Eine Abschlussaktion, die wir alle gemeinsam entwickeln, bildet den Höhepunkt der ereignisreichen Tage.

Für die kulinarische Versorgung, auch vegan, wird gesorgt. Wir organisieren verschiedene Übernachtungsmöglichkeiten, die für alle das Passende bieten.

Das Orgateam der Aktionsakademie freut sich auf fünf spannende, ereignisreiche und kurzweilige Tage im Mai. Vielleicht auch mit Dir!

Aktuelle Infos findet ihr auf:

www.attac.de/aktionsakademie

Attac vor Ort

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.

Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen“.

Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter:
069-900 281-10

Neue AG Migration und Globalisierung

Über sechzig Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, vertrieben durch Kriege, politische und religiöse Verfolgung und Landraub. Über vier Millionen sind allein aus Syrien geflüchtet, weitere 6,4 Millionen SyrerInnen sind innerhalb des Landes vertrieben worden. Über eine Million Menschen aus Vorderasien und Afrika sind 2015 nach Deutschland gekommen.

Warum müssen Menschen ihre Heimat verlassen und fliehen? Was bewegt sie, die vielen Risiken der Flucht auf sich zu nehmen und schlimmstenfalls ihr Leben zu verlieren?

Die europäische Handels- und Wirtschaftspolitik hat einen immensen Anteil an der Entstehung und Verstärkung der verschiedenen Fluchtursachen. Ein Beispiel: Trawler aus der EU leeren, geschützt durch Fischereiabkommen, in Westafrika die Meere.

Deshalb stehen tausende afrikanische FischerInnen vor der Entscheidung zwischen Verelendung und Flucht. Die Coalition for fair Fisheries (CFFA) schätzt, dass ein Fünftel der afrikanischen Flüchtenden davon betroffen sind.

Im November 2015 hat sich in Attac eine neue Arbeitsgruppe „Migration und Globalisierung“ gebildet, um diese im Neoliberalismus verwurzelten Ursachen von Flucht und den daraus resultierenden Migrationsbewegungen zu analysieren und Wege zu suchen, auf die Beseitigung dieser Ursachen einwirken zu können. Die AG Migration arbeitet außerdem zu Fluchtursachen wie geschlechtsspezifische Diskriminierung, politische Repression, Hunger, ökologische Krisen, Terror oder Bürgerkrieg. Die neoliberale Globalisierung ist einseitig nach den Wirtschaftsinteressen der

Länder des Nordens gestaltet worden und hat die Ungleichheit zwischen Armen und Reichen immer weiter verschärft. Ein Prozent der Weltbevölkerung besitzt mittlerweile fast die Hälfte des weltweiten Vermögens, und auch in der EU klafft die Schere zwischen Armut und Reichtum weit auseinander. Wir brauchen endlich einer Besteuerung von Vermögen und Umverteilung von Reichtum im nationalen und globalen Maßstab. Das Problem sind nicht die Flüchtenden und MigrantInnen, sondern die politischen und ökonomischen Kräfte des Neoliberalismus, die die Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums weiter verschärfen.

Kontakt: migration@listen.attac.de

www.attac-netzwerk.de/ag-migration

Der Attac-Shop

Ob Flugblätter, Broschüren, Aufkleber, Bildungsmaterial oder Bücher – im Attac-Shop finden sich alle aktuell lieferbaren Veröffentlichungen von Attac und jede Menge Kampagnenmaterial, außerdem weiteres globalisierungskritisches Material. Einfach unter www.attac.de/shop vorbeischaun – es lohnt sich!

Freundinnen und Freunde über TTIP, CETA und Co informieren: Im Shop gibt es dazu jede Menge Informationsmaterial, das gegen Versandkosten bestellt werden kann.

Kompaktes Wissen zu globalisierungskritischen Themen wie Freihandel, Sozialstaat oder Finanzmärkte: Die Reihe der Attac-Basis-texte bietet genau das zu einem fairen Preis.

Gruppenmaterialien: Alles, was Aktivistinnen und Aktivisten brauchen, findet sich hier – Plakate, Fahnen, Banner, Shirts ...

Angebote: Wir haben Restposten und Pakete zu globalisierungskritischen Schnäppchen zusammengestellt.

Broschüren: Nicht nur weitere Ausgaben des Rundbriefs, auch Broschüren zu TiSA und CETA, Austeritätspolitik in Griechenland, zur Gesamtkonzernsteuer und vielem mehr sind im Shop vorrätig.

Bildungsmaterial: Die ersten Bausteine der Reihe „Wirtschaft demokratisch gestalten lernen“ können für den Einsatz in der Schule, aber auch zur außerschulischen Bildungsarbeit bestellt werden.



Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-900 281-10
Fax: 069-900 281-99
E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.
Redaktion: Jule Axmann, Lena Bröckl,
Frauke Distelrath, Stephanie Handtmann,
Werner Rätz, Gabriele Rohmann
V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann

Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht.

Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns.

Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datenschutzbeauftragter@attac.de

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.

Tel. 069-900 281-10

oder per E-Mail an:

info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

GOGREEN

Der CO₂-neutrale Versand
mit der Deutschen Post

Fluchtursachen bekämpfen!



Foto: jodofe/photocase.de

Während wir täglich von neuen dramatischen Flüchtlingsschicksalen hören, verhärtet die EU ihre Haltung zur Flüchtlingsfrage weiter. Die EU-Grenzen werden immer rigoros abgeschottet, auf die Türkei wird Druck ausgeübt, die Grenze zu Syrien komplett zu

schließen. In Deutschland nimmt die öffentliche Debatte immer absurdere Züge an, die in dem Wunsch nach einem Schießbefehl von Seiten der AfD vermutlich noch nicht ihr Ende gefunden hat.

Die Bekämpfung der Fluchtursachen wird bislang stets nur dann als Schlagwort in die politische Diskussion geworfen, wenn sie als Gegenmodell dazu dienen soll, Flüchtlinge hier aufzunehmen. Real passiert ist – nichts.

Wie denn auch? Schließlich trägt die europäische Wirtschafts- und Handelspolitik bei der Verstärkung von Fluchtursachen einen gehörigen Teil der Verantwortung. Die EU nimmt mit ihrer neoliberalen Politik vielen Menschen jede Perspektive in ihren Heimatländern und schafft so Fluchtgründe. Freihandelsabkommen zerstören lokale Märkte; Landraub in großem Stil durch internationale InvestorInnen bringt Hunger, Arbeitslosigkeit und

Landflucht mit sich; Waffenexporte befeuern kriegerische Konflikte, die Menschen in die Flucht treiben. Eine wirksame Bekämpfung von Fluchtursachen erfordert einen grundlegenden Kurswechsel in der EU. Deshalb müssen wir weiterhin und mit verstärkter Kraft die Zusammenhänge zwischen neoliberaler Globalisierung und Migration in die öffentliche Diskussion bringen – gegen rassistische oder nationalstaatliche Reflexe, für ein solidarisches Europa!

Ein solidarisches Europa nach innen und außen stärken – Deine Spende hilft uns dabei!

Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter www.attac.de/spenden kannst Du uns ganz unkompliziert unterstützen – herzlichen Dank!

Hinweis

Attac verfolgt satzungsgemäß gemeinnützige Zwecke; die Gemeinnützigkeit wurde Attac im April 2014 vom Finanzamt Frankfurt entzogen. Dagegen hat Attac Einspruch eingelegt, der im Januar 2016 ebenfalls abgelehnt wurde. Gegen diese Entscheidung klagt Attac vor dem Finanzgericht; bis zum Abschluss des juristischen Verfahrens bzw. der Anerkennung unserer Gemeinnützigkeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter www.attac.de/spenden/aktuell

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in
Deutschland und
in andere EU-/EWR-
Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF1601

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE